Einzelnummer 80 Pfg.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6 – Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2,— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. – Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. – Telephon 3290.

Nr. 183 | Dienstag, den 9. August 1921 | 12. Jahrgang

Oberschlesien im Obersten Rat.

Die erste Sitzung des Obersten Rates hat gestern vormittag ½12 Uhr bis 6 Uhr stattgefunden. Sie war vollständig durch die Besprechung der oberschlesischen Frage ausgefüllt. Ministerpräsident Briand eröffnete die Sitzung und begrüßte die interalliierten Vertreter. Darauf wurde jede Delegation aufgefordert, ein allgemeines Exposee der oberschlesischen Frage zu geben. **Der Vorsitzende im Sachverständigenausschuß Frommarel legte den juristischen Standpunkt vor und zeigte, daß das Abstimmungsgebiet geteilt werden könne und daß der Grenzverlauf durch das Ergebnis der Abstimmung nach Gemeinden bestimmt werden müsse. Darauf gab Cecil Hard eine Darstellung des englischen Standpunktes, der auf die Unteilbarkeit des Industriegebietes und seine Zusprechung an Deutschland herausläuft. Der französische Sachverständige Laroche gab der Ansicht Ausdruck, daß das Industriegebiet geteilt und zum großen Teile einschließlich Königshütte an Polen fallen müsse, wobei der Grenzverlauf sich nördlich der Sforzalinie zu nähern habe. Der italienische Delegierte hat einen vermittelnden Standpunkt vertreten.** — Der Oberste Rat wird heute vormittag die alliierten Oberkommissare in Oppeln über die verschiedenen Fragen hören, die sich auf die augenblickliche Lage in Oberschlesien und insbesondere auf die Frage der Sicherheit beziehen.

Die Grundlagen der Entscheidung.

Der Bericht des Sachverständigenausschusses über die Regelung der oberschlesischen Frage stellt nach dem „Temps" fest, daß über drei grundsätzliche Fragen eine Einigung erzielt wurde, 1. daß der Friedensvertrag von Versailles die Teilung des Volksabstimmungsgebietes zwischen Deutschland und Polen zuläßt, daß man sich also nicht auf die im gesamten Abstimmungsgebiet von einer Partei erzielte Mehrheit berufen könnte, um ihr Oberschlesien insgesamt zuzuteilen, 2. daß der Friedensvertrag vorschreibt, daß bei der Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze Rücksicht genommen werden müsse auf die Wünsche der Bevölkerung, die durch die Volksabstimmung zum Ausdruck kommen, und auch auf die geographische Lage und wirtschaftliche Lage der Oertlichkeiten, 3. daß man bei der Grenzziehung sich von der gemeindeweisen Abstimmung leiten lassen müsse. Die Sachverständigen haben nach dem „Temps" verschiedene Vorschläge für die Grenzführung geprüft und sie schließlich auf zwei Lösungen, eine französische und eine britisch-italienische, herabgemindert. Der vom Grafen Sforza anempfohlene Vergleich sei vom Sachverständigenausschuß nicht wieder aufgenommen worden, die in Frage kommenden beiden Lösungen hätten keine Einstimmigkeit gefunden. Beide Pläne verlangten die Unteilbarkeit des Industriebezirks. Die französische Lösung wolle das Gebiet Polen zuschlagen, während die englisch-italienische es wenigstens zum größten Teile Deutschland zusprechen wolle.

Wirkungslose polnische Streikhetze in Oberschlesien.

Kattowitz, 8. August. Im oberschlesischen Industriegebiet versuchten die Polen gestern, für heute den Streik zu proklamieren. Dieser Aufruf zum Streik ist so gut wie wirkungslos verhallt. Im großen und ganzen sind die Belegschaften heute voll angefahren.

Die Gefährdung der Entente.

Die gesamte englische Presse beschäftigt sich mit der Konferenz des Obersten Rates. Die „Times" erklärt, der Meinungsverschiedenheit zwischen den alliierten Sachverständigen liege der Streit mit Bezug auf die allgemeine Politik zugrunde, und darin sei der Ernst der augenblicklichen Konferenz des Obersten Rates begründet. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle" erklärt: Lloyd George handele als wahrer Freund Frankreichs wie auch als wahrer Beschützer der britischen Interessen, wenn er sich dem Wahnsinn widersetze, Deutschland jetzt den gefährlichen Grund zur Unzufriedenheit zu geben, den man 1871 Frankreich durch die Wegnahme von Elsaß-Lothringen gegeben habe. Von der Antwort, ob Oberschlesien von Deutschland losgetrennt werden soll oder nicht, hänge die Fortdauer der Entente zwischen England und Frankreich ab. Augenblicklich erscheinen die widerstreitenden Ansichten Englands und Frankreichs in bezug auf die geographische und wirtschaftliche [illegible] schlesiens völlig unversöhnlich.

Belgischer Sozialdemokrat gegen die Sanktionen

Der belgische Parteigenosse Brouckère hat sich in einer sozialdemokratischen Versammlung in Köln in entschiedenster Weise gegen die Aufrechterhaltung der Zollgrenze am Rhein ausgesprochen und erklärt, daß den Zollmaßnahmen am Rhein jede Berechtigung fehle. Er sieht es deshalb für seine Pflicht an, für die Aufhebung der Sanktionen am Rhein zu wirken.

Die Wahl der Arbeitskammer im Ruhrbergbau.

Bei den Arbeitskammerwahlen im Ruhrbergbau erhielten die freien Gewerkschaften 12 Vertreter und 11 Stellvertreter, der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter 6 Vertreter und 5 Stellvertreter, die polnische Berufsvereinigung 2 Vertreter und 2 Stellvertreter, der christliche Metallarbeiterverband und der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein je einen Stellvertreter. Drei Listen waren ungültig, weil sie nicht die vorgeschriebene Zahl von Unterschriften aufwiesen. Die auf diese Listen abgegebenen 40 186 Stimmen schieden deshalb bei der Zählung aus. Von den ungültigen Stimmen entfielen rund 36 000 auf die Unionisten, rund 3000 auf die Syndikalisten. Die Linksradikalen werden also in der Arbeitskammer überhaupt nicht vertreten sein.

Um das Memelgebiet.

Der Oberkommissar in Memel hat nach einer amtlichen Verlautbarung beschlossen, Regierungsrat Steputat zum Präsidenten des Landesdirektoriums zu ernennen. Diese amtliche Mitteilung bringt, wie das „Memeler Dampfboot" hinzufügt, die von der Mehrzahl der Bewohner des Memelgebiets nicht gewünschte Entscheidung. Eine vom deutsch-litauischen Heimatbund für Sonnabend einberufene Versammlung zwecks einer Aussprache über die Lage wurde verboten. Der neue Präsident ist großlitauisch orientiert und spielt in der großlitauischen Bewegung eine große Rolle. Er ist zusammen mit den Agitatoren Gaigalat und Stresy das geistige Haupt der großlitauischen Bewegung, die ihn bereits im vorigen Jahre zum Präsidenten von Memel vorgeschlagen hat. Man sieht in deutschen Kreisen durch seine Ernennung eine außerordentliche Stärkung des großlitauischen Einflusses, der auf die Angliederung des Memelstaates an Litauen hinarbeitet.

*

Ein deutscher Studienrat wurde in einem deutschen Restaurant in Laugszargen (Memel) von einem französischen Sergeanten festgenommen, weil er, wie der stark berauschte Franzose erklärte, eine höhnische Miene aufgesetzt habe. Der Studienrat wurde erst nach zweitägiger Haft wieder freigelassen.

Internationale Gewerkschaftskonferenz in Berlin.

Die Amsterdamer Internationale hat beschlossen, eine internationale Konferenz nach Berlin einzuberufen, die sich mit der durch die Hungersnot in Rußland geschaffenen Lage befassen soll. Die Konferenz wird voraussichtlich am nächsten Sonnabend in den Räumen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfinden.

Der internationale Metallarbeiterkongreß.

Das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterverbandes hat am Sonntag in Zürich unter dem Vorsitz von Ag-Bern eine Sitzung abgehalten zur Besprechung der Tagesordnung für den am Montag, den 8. August beginnenden, auf vier Tage berechneten neunten Internationalen Metallarbeiterkongreß. Von amerikanischer Seite liegt ein Antrag vor, der vermehrte Propaganda für den Frieden und Verhinderung der Munitionsfabrikation im Falle eines neuen Krieges fordert. Am Kongreß werden über 60 Delegierte aus 15 verschiedenen Ländern teilnehmen. Dem Internationalen Metallarbeiterverband sind gegenwärtig 18 Landesorganisationen mit 3 336 000 Mitgliedern angeschlossen.

Eine politische Verhaftung in Hamburg.

Auf Ersuchen der ungarischen Regierung ist in Hamburg der ehemalige ungarische Fliegeroffizier Hauptmann E. Czsernyak ermittelt und verhaftet worden, weil die ungarischen Behörden annehmen, daß er an der am 31. Oktober 1918 in Budapest erfolgten Ermordung des Grafen Tisza beteiligt gewesen sei. Ungarn verlangt seine Auslieferung unter der Anschuldigung gemeinen Mordes. Der Senat Hamburgs wird in einer besonderen Sitzung darüber entscheiden, ob der Verhaftete ausgeliefert werden soll oder nicht.

Die Angst vor der proletarischen Einheitsfront.

Was alle theoretischen Diskussionen naturgemäß nicht zustandebringen konnten, hat endlich die eiserne Not geschaffen: eine gemeinsame Aktionsfront der drei Danziger sozialistischen Parteien gegen die undemokratische und unsoziale Politik von Senat und bürgerlicher Volkstagsmehrheit. Die tiefgehenden sachlichen Gegensätze innerhalb der drei Parteien sind damit selbstverständlich keineswegs beseitigt, und keine der drei Parteien hat auch nur ein Atom ihrer Selbständigkeit aufgegeben; wohl aber hat die Austragung dieser Gegensätze einstweilen hinter der Notwendigkeit gemeinsamen Handelns zurücktreten müssen. Wie sehr diese proletarische Einheitsfront im bürgerlichen Lager gefürchtet wird, beweisen am deutlichsten die Pressestimmen, die von dort zu uns dringen, und in denen immer wieder der Versuch gemacht wird, die einzelnen Arbeitergruppen gegeneinander auszuspielen. Wir Mehrheitssozialisten könnten wahrhaftig den bürgerlichen Blättern für alle ihre guten Ratschläge und Warnungen, uns um alles in der Welt nicht ins Schlepptau der Kommunisten nehmen zu lassen, dankbar sein, wenn wir nicht erstens selber bereits früher zur Genüge unsre Stellung zu den Kommunisten mit aller Schärfe und Eindeutigkeit fixiert hätten, und wenn wir nicht zweitens nur allzu deutlich die Sehnsucht unsrer Ratgeber nach der Spaltung und dadurch bedingten Ohnmacht der Arbeiterbewegung erkennen müßten.

Mit dieser Feststellung sind auch schon die Ausführungen gerichtet, die der politische Schriftleiter der „Danziger Zeitung" am vorgestrigen Sonntag dem vergeblichen Bemühen gewidmet hat, die Arbeiterschaft gegen die sozialistischen Parteien in Schutz zu nehmen und die proletarische Einheitsfront zu sprengen. Da diese Ausführungen im wesentlichen für eine Leserschaft bestimmt sind, die der Arbeiterbewegung reichlich fernsteht, braucht man es nicht gerade tragisch zu nehmen, wenn der Verfasser — offenbar in gutem Glauben und nur aus Unkenntnis — den Zusammenhang zwischen Arbeiterschaft und sozialistischen Parteien in einer den Tatsachen arg zuwiderlaufenden Weise darstellt. Offenbar empfindet er die Selbstverspottung gar nicht, die in seinen Worten liegt, mit der Berufung auf die Arbeiterschaft werde in Danzig ein großer Unfug getrieben. In seiner Begründung dieses Satzes legt er eine derartige Ahnungslosigkeit von den Wurzeln der Arbeiterbewegung an den Tag, wie sie bei dem Leiter einer immerhin angesehenen Zeitung eigentlich nicht vorkommen dürfte. Gewiß spielen die Kommunisten in der Arbeiterschaft bei weitem nicht die Rolle, die sie sich anmaßen, aber hinter ihnen treten doch die in der „Danziger Zeitung" als Gegengewicht angeführten Hirsch-Dunckerschen und deutschnationalen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen noch bedeutend zurück, und bei den christlichen Arbeitern sind bekanntlich die Ansichten über den Generalstreik in der vorigen Woche sehr weit auseinandergegangen. Als Angehöriger einer gelben Angestelltenorganisation sollte doch auch der Chefredakteur der „Danziger Zeitung" genügend informiert sein, um sich nicht durch seine Behauptungen dem Gelächter weitester Arbeiterkreise preiszugeben.

Weiter meint der Verfasser, die sozialistischen Blätter müßten ehrlicherweise den angeblichen Mißerfolg des Generalstreiks eingestehen. Wir müssen es doch ablehnen, uns mit einem Blatte über den Begriff der Ehrlichkeit auseinanderzusetzen, das sich gezwungen gesehen hat, seine eigenen Schwindelmeldungen über den Verlauf des Generalstreiks am folgenden Tage zu berichtigen. Bei der Mentalität der bürgerlichen Presse ist es auch müßig, den tiefgreifenden Unterschied zwischen gewerkschaftlicher Solidarität und Disziplin auf der einen, Terrorisierung von Arbeitswilligen auf der andern Seite, zwei gar nicht miteinander vergleichbaren Begriffen, näher zu beleuchten.

Der Kernpunkt des genannten Artikels in der „Danziger Zeitung" ist eben auch wieder die schlotternde Angst vor der proletarischen Einheitsfront, die — man höre und staune! — „im Interesse der Gesamtpolitik des Freistaates aufs äußerste zu beklagen wäre". Die Mehrheitssozialdemokraten sollen mit dem Hinweis, daß sie bei dieser Einheitsfront die Zeche zu bezahlen haben würden, und mit dem Hinweis auf die schon allzu oft gehörten leeren Versprechungen einer geplanten fortschrittlichen Sozialgesetzgebung zum Abfall von ihrem Bündnis mit ihren sozialistischen Arbeitsbrüdern bewogen werden. Gerade diese Stimme aus dem bürgerlichen Lager sollte uns den Wert der vorübergehend erlangten proletarischen Einheitsfront aufs nachdrücklichste zum Bewußtsein führen. Wir werden ohne jede Bindung abwarten, zu welchen taktischen Maßnahmen uns die kommende politische Entwicklung in Danzig veranlassen wird. Solange aber, wie die letzten Vorgänge gezeigt haben, Senat und Bürgerblock selbst die Krise auf die Spitze treiben, muß ihnen schon aus nacktem Selbsterhaltungstriebe die geschlossene proletarische Kampffront entgegengestellt werden. W. B.

Der Fall Zabern in französischer Auflage.

„Der Republikaner" in Mülhausen i. E., das sozialistische Organ für das Oberelsaß, veröffentlicht die Zuschrift des Vaters eines zurzeit in Lyon dienenden jungen Oberelsässers, die folgendes berichtet: „Der Sohn, der seit dem 2. Oktober 1920 in Lyon seiner militärischen Pflicht genügt und bis heute weder vor noch während seiner Dienstzeit die geringste Strafe erhielt, wurde dieser Tage mit noch zwei Elsässern zu je fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Das ganze Verbrechen dieser jungen Leute besteht darin, daß sie, aufgebracht über einen Unteroffizier, der sie mit dem Worte „Boche" titulierte, diesen eines Tages ohrfeigten. Drei Monate saßen diese Schwerverbrecher in der Untersuchungshaft. Vergangene Woche fällte das Kriegsgericht das Urteil: Die drei Elsässer wandern nach Cayenne, während der Unteroffizier frei ausgeht."

Dazu schreibt das Mülhauser Sozialistenblatt: „Wem steigt angesichts einer derartigen brutalen und aller Gerechtigkeit Hohn sprechenden Verurteilung nicht die Zornröte ins Gesicht? So will es die militärische Disziplin, daß man junge Leute mit Beschimpfungen, die nicht nur sie, die einen ganzen Volksstamm treffen, zur „Vaterlandsliebe" erzieht, sie, wenn sie sich gegen eine derartig menschenunwürdige Behandlung zur Wehr setzen, nach Cayenne schickt! Ist es soweit bereits gekommen, daß unsre jungen Elsässer, die in Frankreich dienen, sich wie einst bei den Preußen die „Wackes"-Titulierung, nun die Bezeichnung „Boches" gefallen lassen müssen? Wir protestieren mit allem Nachdruck gegen ein solches Vorgehen! Wir verlangen eine Revision dieses Kriegsgerichtsurteils, das drei junge Elsässer zu Verbrechern stempelte und sie der härtesten Strafe auslieferte. Wir glauben nicht, daß sich das elsässische Volk einen derartigen Auftritt von einigen militärischen Schnauzbärten, die unbekümmert um jede Menschlichkeit nur ihren militärischen Strafkodex, dieses barbarischste Strafgesetzbuch kennen, versetzen lassen wird!"

Noch eine 4. Arbeiter-Internationale?

Der Zentralausschuß der K.A.P.D. hat in seiner letzten Sitzung den Bericht seiner nach Moskau zum Weltkongreß der kommunistischen Internationale entsandten Delegation entgegengenommen. Nach dem Berichte der Berliner „Kommunistischen Arbeiterzeitung" erklärte der Zentralausschuß mit allen Stimmen Hannovers und Ostsachsens und bei Stimmenthaltung Berlins, daß der Bruch mit der Moskauer Internationale im Prinzip vollzogen sei. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeiten des internationalen Klassenkampfes sei der Aufbau einer kommunistischen Arbeiterinternationale die dringendste Aufgabe des revolutionären Weltproletariats. Gegen die Stimme Ostsachsens wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, der die Vorarbeiten zur Herbeiführung eines Zusammenschlusses aller in Opposition zu Moskau stehenden revolutionären Parteien und Verbände übertragen werden soll. Diese Frage soll auf dem nächsten Parteitage beraten werden, der nach Berlin einberufen wird und am 28. August tagen soll. Was das Verhältnis zur Sowjetregierung anbelangt, so erklärte der Zentralausschuß der K.A.P.D., daß sich dieses Verhältnis durch die jeweilige Haltung der Sowjetregierung bestimmt: „Wenn die Sowjetregierung auftritt als Kampffaktor der proletarischen Revolution, muß die K.A.P.D. sie durch aktive Solidarität unterstützen. Dort, wo sie diesen Boden verläßt und als Sachwalterin der bürgerlichen Revolution erscheint, muß sie von der K.A.P.D. ebenso entschieden bekämpft werden."

Der Kommunismus Hölzscher Art.

Die auch von uns wiedergegebenen Mitteilungen des „Vorwärts" über kommunistische Unterschlagungen wurden nach ihrer Bekanntgabe von dem Rechtsvertreter der in Frage kommenden kommunistischen Treuhänder der Berliner Unterstützungskommission als „unwahr" bezeichnet und die Berliner „Rote Fahne" glaubte am Mittwoch morgen die Tatsache mit der zweispaltigen Ueberschrift „Lumpige Verleumdungen" abtun zu können. Auf Grund dessen übermittelt nun zur Klärung und Beurteilung des Falles der dritte Treuhänder, Emil Barth, ein Schreiben, das die Angaben des kommunistischen Rechtsvertreters in allen Punkten widerlegt. Emil Barth sagt unter anderem: „Es ist unwahr, daß die Abrechnung vom 15. April stimmt. Es ist unwahr, daß die vorgelegten Bankbücher und Belege bis auf den letzten Pfennig stimmen. Wahr ist, daß weder in den Büchern noch in den Abrechnungen die Gelder, die am 18., 19. und 20. November v. Js. abgehoben und anderen Instituten überwiesen sind, in den Büchern oder Abrechnungen vorhanden sind." — Weiter sagt Barth in dieser Erklärung: „Es ist eine außerordentlich leichtfertig vollbrachte Irreführung der Oeffentlichkeit, durch einen Rechtsanwalt zu erklären, daß rund 345 000 Mk. nicht unterschlagen sind. Wahr ist, daß sie von dem Konto Barth, Hagen, Eckert vom Unterstützungskomitee der Berliner Arbeiterschaft abgehoben und daher diesem Konto im Namen der Unterstützungskommission selbst unterschlagen sind." Barth ist der Meinung, daß diese der Berliner Arbeiterschaft gehörenden Gelder von den kommunistischen Treuhändern abgehoben und entweder ganz oder teilweise der Roten Hilfe überwiesen wurden." — Diese neuen Feststellungen Barths rechtfertigen den Verdacht der Unterschlagung bezw. des Betruges. Auch die kommunistischen Treuhänder wußten, daß das Geld Eigentum der gesamten Berliner Arbeiterschaft war; aber trotzdem haben sie es ohne Wissen der drei unabhängigen Treuhänder ab, um es zu kommunistischen Parteizwecken zu verwenden. Wenn die Kommunisten sich ungeachtet der vorliegenden Tatsachen jetzt bemühen, ihre beiden Mitglieder rein zu waschen, so charakterisieren sie sich durch diese Handlungsweise selbst und machen dem Kommunismus nach Hölzscher Art alle Ehre.

Parlamentsboykott in Prag.

Der deutsche parlamentarische Verband hat angesichts der Meldungen über die blutigen Ereignisse in Postelberg, Außig und in anderen deutschen Städten sowie „wegen der Bereitwilligkeit der staatlichen Verwaltungsbehörden, derartige Gesetzwidrigkeiten zu unterstützen und zu decken", beschlossen, allen Vollsitzungen und Ausschußberatungen des Parlaments bis zur Klärung der Sachlage fernzubleiben. Die sozialdemokratische „Freiheit" ist in der Lage, die Forderungen mitzuteilen, die die Außiger Legionäre nach ihren Ausschreitungen am Sonntag in Form eines auf 14 Tage befristeten Ultimatums an die Regierung gestellt haben. Die Herren fordern u. a.: Besetzung aller staatlichen Behörden durch tschechische Beamte, Verschärfung der Zensur über die deutschen Zeitungen, die Abberufung des Kommandanten der Außiger Garnison, Weis, und seine Ersetzung durch einen „tschechischen, bewußten und verläßlichen Tschechen" und ähnliches mehr. Sie verlangen auch eine Verstaatlichung der Gruben, sowie der großen industriellen Betriebe, aber nicht etwa aus irgendwelchen sozialen Motiven heraus, sondern weil sie die „gehorsamen Dienerinnen der deutschen Expansion" seien und infolgedessen in tschechische Hände übergehen müßten. Die Legionäre erklären weiter, daß sie mit allen Mitteln, eventuell auch durch eine freiwillige Mobilisierung aller Legionäre, bereit sind, ihren Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen. Das sozialdemokratische Zentralorgan „Pravo Lidu" erfährt, daß die Mysloviitzer Eisenwerke bereits 5000 Arbeiter entlassen haben, weitere Entlassungen sollen folgen. Auch die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft habe ihre Betriebe eingeschränkt, wodurch ebenfalls einige tausend Arbeiterfamilien brotlos geworden seien. In allen Industriegebieten erfolgen Einschränkungen der Produktion und die wirtschaftliche Krise verstärke sich beständig. Im Anschluß an diese Feststellungen spricht sich das Blatt für die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung aus, damit die Arbeiterschaft dem Ansturm des Kapitalismus nicht unterliege.

Kleine politische Nachrichten.

Kapp ist noch in Schweden. Auf Anfrage seines Berichterstatters bei der Stockholmer Polizeidirektion erfährt der Berliner „Tag", daß der Generallandschaftsdirektor Dr. Kapp, der nach einer Meldung der „Welt am Montag" in Thüringen weilen soll, Schweden noch nicht verlassen hat. — Es scheint aber so, als ob er die Absicht hat, nach Deutschland zurückzukehren, in der Erwartung, daß ihm so wenig wie den andern Kappisten von der Justiz hier ein Härchen gekrümmt wird.

Das Allernotwendigste. Das Oberkommando der französischen Rheinarmee hat Oberstein an der Nahe als Garnison für ein französisches Regiment bestimmt. Die Bausumme für die Kaserne und Wohnungen für allein 30 Offiziere beläuft sich auf etwa 40 bis 50 Millionen Mark, die die Stadt zu zahlen hat.

Besserung des Saatenstandes in Preußen. Nach der „Statistischen Korrespondenz" wird der Saatenstand in Preußen Anfang August, wenn 2 gut und 3 mittel bedeutet, für Winterweizen mit 2,6 gegen 2,4 Anfang Juli, Sommerweizen mit 2,9 gegen 2,7, Winterroggen mit 2,6 gegen 2,5, Sommerroggen mit 3,2 gegen 3,1, Wintergerste mit 2,6 gegen 2,6, Sommergerste mit 2,9 gegen 2,8, Hafer mit 3,2 gegen 3,1, Kartoffeln mit 3,5 gegen 2,8 und Zuckerrüben mit 3,1 gegen 2,7 begutachtet.

Die Aufklärung des russischen Aktendiebstahls. Den umfassenden Ermittlungen des Berliner Polizeipräsidiums ist es gelungen, den bei dem russischen Oberst von Freyberg am 23. Juli d. Js. verübten Aktenraub aufzuklären. Das gestohlene Aktenmaterial, das wahrscheinlich ins Ausland geschafft worden ist, konnte allerdings nicht aufgefunden werden, doch sind sechs Personen festgenommen worden, die als Täter oder Anstifter in Betracht kommen und zum Teil auch geständig sind. Alle Festgenommenen sind Kommunisten oder stehen im Dienste oder Solde der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. Nach Abschluß der polizeilichen Ermittlungen werden die Vorgänge an die Staatsanwaltschaft abgegeben und die Festgenommenen dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Freispruch im Johannisburger Entente-Prozeß. Vor der Strafkammer des Landgerichts Lyck fand am Freitag die Schlußverhandlung gegen Mitglieder der Johannisburger Bevölkerung statt wegen der Vorgänge, die sich am 24. und 25. August vorigen Jahres in Johannisburg abgespielt hatten, als eine Ententekommission zur Kontrolle der Entwaffnung der über die Grenze getretenen Bolschewisten eintraf. Wie bekannt, mußte damals die Interalliierte Kommission, die aus je einem französischen, belgischen und japanischen Stabsoffizier sowie aus dem der Kommission attachierten deutschen Begleitoffizier Walter Oberwinder bestand, auf Verlangen der Bürger- und Arbeiterschaft den Ort verlassen. Der Vertreter der Anklage ging bei der ersten Verhandlung davon aus, daß die Vorgänge sich nicht aus patriotischem Empfinden heraus entwickelten, sondern die kommunistischen Arbeiter seien darüber erregt gewesen, daß die bolschewistischen Brüder draußen im Schmutz liegen mußten, während Ententeoffiziere im weichen Bett lagen. In der letzten Verhandlung traten dieser Auffassung sämtliche Zeugen entgegen. Der Vertreter der Anklage führte diesmal unter anderem aus, daß die Beweisaufnahme nicht genügt habe, alle Angeklagten zur Bestrafung heranzuziehen. Er beantragte jedoch für diejenigen Angeklagten Gefängnisstrafe, die die Wortführer bei den Vorgängen gewesen sind. Der Verteidiger dagegen stellte, nachdem er einen Vergleich mit den Leipziger Prozessen gezogen hatte, in längeren Ausführungen fest, daß es unmöglich sei, auch nur einen der Wortführer, die durch ihr Auftreten nur zur Beruhigung beigetragen hätten, zu bestrafen. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und sprach sämtliche Angeklagten frei.

„König Kohle."

Roman von Upton Sinclair.

(Fortsetzung.)

„Den kenne ich." — sagte Olson — „er war in Oberdan, als die Gewerkschaft dort ihr Hauptquartier aufschlug. — Er hat einmal einem unserer Organisatoren einen Hieb auf den Mund versetzt und vier Zähne ausgeschlagen. Es heißt, er sei ein gewiefter Zuchthäusler."

Das ganze verflossene Jahr hatte Hal an der Universität national-ökonomische Vorträge gehört, die eine „Privatbesitz" — genannte Sache verherrlichten. Durch Privatbesitz wurden Initiative und weise Sparsamkeit gefördert, er trieb die Räder der Industrie, vergrößerte die Geldrollen für Schulzwecke. Stimmte überein mit den geheiligten Satzungen von Nachfrage und Angebot, war die Basis des Fortschritts und Reichtums, mit denen Amerika gesegnet. Und nun stand Hal dieser Sache wirklich gegenüber, er sah die wahnsinnigen Augen funkeln, fühlte auf seinem Gesicht den glühenden Atem, erblickte die gleißenden Zähne, die gekrallten Finger, von denen das Blut der Männer, Frauen und Kinder tropfte. Privatbesitz der Kohlengruben! Privatbesitz verschlossener Schachtöffnungen, nichtexistierender Notausgänge! Privatbesitz nicht in Bewegung gesetzter Fächer! Privatbesitz von Sprengapparaten, die nicht sprengten. Privatbesitz von Knüppeln und Revolvern, von Mördern und Frauenschändern, die sie zur Vertreibung der Retter gebrauchten, mit ihnen verzweifelnde Witwen in ihre Hütten jagten! O abgeklärte, wohlgenährte Priester des Privatbesitzes, in akademischen Hallen lobsingend dem blutigen Dämon!

Hal schien wie erstarrt; etwas war in ihm erwacht, das er nie gekannt. Ein neuer Ausdruck lag auf seinem Gesicht, seine Stimme klang voll und tief, wie die eines starken Mannes: „Ich werde sie zwingen, den Schacht zu öffnen!"

Alle sahen ihn an, ein jeder von ihnen befand sich an der Grenze der Hysterie, doch erkannten sie den seltsamen Ton seiner Stimme. „Ich werde sie zwingen, den Schacht zu öffnen."

„Wie?" — fragte Olson.

„Das Publikum weiß nichts, wenn die Sache bekannt, es erhebe sich eine solche Empörung, daß sie nie mehr vorkommen könnte."

„Wie wollen Sie es bekannt machen?"

„Durch die Zeitungen! Sie können, trotz aller Vorsicht, etwas derartiges nicht vertuschen."

„Und Sie meinen man würde dem Geschrei eines Volkshaufens Glauben schenken?" — fragte Frau David.

„Das werde ich schon machen; ich werde sie zwingen, den Schacht zu öffnen!"

•

Bei seinen Wanderungen im Kohlenrevier hatte Hal einige aufgeweckt aussehende junge Leute erblickt, die Notizbücher in den Händen hielten. Er bemerkte, daß sie Gäste der Gesellschaft waren, freundschaftlich mit den Aufsehern plauderten; trotzdem glaubte er, einige von ihnen müßten ein Gewissen haben, oder zum mindesten einem „Sensationsartikel" nicht widerstehen können. Hal verließ die Familie David und begab sich zur Schachtöffnung, auf der Suche nach Reportern. Als er einen entdeckt hatte, ging er ihm eine Weile nach, um ohne Spitzelbewachung mit ihm reden zu können. Bei der ersten Gelegenheit trat er an den Mann heran und ersuchte ihn höflich in eine Seitengasse zu kommen, um dort ungestört sprechen zu können. Der Reporter folgte ihm. Hal unterdrückte mühsam die Heftigkeit seiner Gefühle, um den andern nicht abzustoßen und erzählte, daß er seit Monaten im Nord-Tal arbeite und gar manches über die hiesigen Verhältnisse berichten könne; zum Beispiel über den Luftzugstand. In trockenen Gruben könnten durch das Streuen Explosionen verhindert werden. Wisse der Reporter, daß die Behauptung der Gesellschaft, sie lasse regelmäßig streuen, erlogen sei?

„Nein", erwiderte der Reporter, er wisse es nicht. Er bezeugte regen Interesse, fragte nach Hals Namen und Beschäftigung. „Joe Smith, Vollhauergehilfe, kürzlich zum Wagenkontrolleur gewählt" — entgegnete Hal. Der Reporter, ein scharfgesichtiger, hagerer junger Mann, stellte viele Fragen — intelligente Fragen: im Laufe des Gespräches erwähnte er, daß er Lokalkorrespondent der großen Preßassoziation sei, deren Berichte über die Katastrophe in alle Teile des Landes verschickt wurden. Dies deuchte Hal als großer Glücksfall, rasch erzählte er Herrn Grahame von dem Zensus, den sie aufstellten, und daß sie die Namen der hundertsieben Männer und Knaben wußten, die sich im Schacht befanden. Die Liste stehe zu seiner Verfügung. Herr Grahames Interesse wurde noch größer, er machte sich Notizen.

Hal lenkte die Aufmerksamkeit des Reporters auf etwas noch weit wichtigeres; die Verzögerung bei der Instandsetzung des Förders. Es waren drei Tage seit der Explosion verflossen und noch war kein Versuch gemacht worden, in den Schacht einzudringen. Hatte Herr Grahame am Morgen die Unruhen an der Schachtöffnung gesehen? Wußte er, daß ein Mann aus dem Revier hinausgeworfen worden war, bloß weil er sich an den Vertreter des Grubenbesitzers gewandt hatte? Nun Hal berichtete, wovon die meisten überzeugt waren, daß die Gesellschaft ihren Besitz auf Kosten von Menschenleben retten wolle. Er betonte das menschliche Element. Frau Rafferty, alternd, arbeitsgeschwächt, mit acht unversorgten Kindern. Frau Zamboni, mit elf Kindern. Frau Jonotch, deren Mann und drei Söhne sich im Schacht befanden. Durch des Reporters Interesse verleitet, wagte es Hal seine Gefühle zu zeigen. Es handelt sich ja doch um Menschen, nicht um Tiere, um trotz ihrer Armut und Niedrigkeit liebende, leidende Wesen.

„Gewiß" — sagte Herr Grahame. — „Sie haben vollkommen recht. Seien Sie versichert, daß ich mich der Sache annehmen werde."

„Noch eins" — bemerkte Hal. — „Wenn mein Name erwähnt wird, werde ich entlassen."

„Ich werde ihn nicht erwähnen," entgegnete der andere.

„Wenn Sie die Geschichte aber nicht ohne Quellenangabe . . ."

„Ich bin die Quelle" — lächelte der Reporter. — „Ihr Name tut nichts zur Sache."

Er sprach mit ruhiger Sicherheit, schien die Situation und seine eigene Pflicht so genau zu übersehen, daß Hal von einem leisen Triumphgefühl erfaßt ward. Es deuchte ihm, als bliese ein frischer Wind von der Außenwelt herein, die Miasmen zerstreuend, die über dem Kohlenrevier brütenden. In dieser Reporter war tatsächlich die Außenwelt, war die Gewalt der öffentlichen Meinung die sich an diesem Ort der Schurkerei und der Angste geltend machte! Er war die Stimme der Wahrheit, Mut und Rechtlichkeit der großen Organisation, einer von geheimen Einflüssen freien Unabhängigkeit, hoch über jeder Korruption stehend.

„Ich bin Ihnen sehr verbunden" — sagte Herr Grahame, als Hal geendet und dieser fühlte, daß er einen entscheidenden Sieg errungen habe. Welches Glück war es doch, gerade auf den Agenten der großen Preßassoziation zu stoßen! Der Bericht würde seinen Weg in die ungeheure Industriewelt finden, die von der Kohle abhängig war, wie der Mensch von seinem Blute. Die Arbeiter in den durch Kohle betriebenen Fabriken, die Reisenden, die der Kohle die Schnelligkeit der Züge verdanken, endlich werden sie alle von den Leiden jener erfahren, die im Erdinnern für sie arbeiten. Selbst die Damen auf den palastähnlichen Schiffen in schimmernden, tropischen Meeren — so zauberhaft ist die Macht dieses modernen Nachrichtendienstes — daß selbst diese Damen den Hilferuf der Arbeiter, ihrer Frauen und Kinder vernehmen werden! Und aus der großen Welt wird eine Antwort kommen, ein allgemeiner Schrei des Entsetzens und der Empörung, daß selbst der alte Peter Harrigan nachgeben wird müssen! So träumte Hal, denn er war jung, und dies war sein erster Kampfgang.

(Fortsetzung folgt.)

Gegen die Vergewaltigung des Parlaments.

Bereits am Sonnabend erhob die Danziger Arbeiterschaft in einer im vollkommen überfüllten Werftspeisehaus stattgefundenen Massenversammlung entschiedenen Protest gegen die skandalösen Vorgänge im Volkstag. Wohl an 5000 Personen füllten den großen Saal, die Galerie, die Vorräume und die Tribüne. Die Versammlung war einberufen worden von der S. P. D., U. S. P. D. und von der V. K. P. D. Gegen 7 Uhr abends wurde die Versammlung vom Genossen Fooken mit dem Hinweis eröffnet, daß der Besuch der Versammlung zeige, daß weite Kreise unserer Arbeiterschaft an den Ereignissen der letzten Tage regsten Anteil nehmen. Als erster Redner erhielt Genosse Bohn das Wort. Vom Senat und von den rechtsstehenden Parteien ist in ihrer Presse und durch Plakate die Lüge in die Welt hinausposaunt worden. Der Generalstreik wäre nur deshalb ins Werk gesetzt worden, um die Arbeiterschaft aufzuputschen. Als es sich darum handelte, daß Danzig in Polen einverleibt werden sollte, habe die Sozialdemokratische Partei den Bürgerlichen die Hand geboten, um hier das Deutschtum zu erhalten. Nach Erreichung dieses Zieles hätte man erwarten können, daß im Freistaat eine wirkliche Gleichberechtigung eintreten würde. Statt dessen habe sich eine Souveränherrschaft des Senats herausgebildet, die das Proletariat unterdrücken wolle. Es muß mit aller Schärfe betont werden, daß die verbotene Demonstration nur wirtschaftlichen Charakter tragen sollte. Der einheitliche Zusammenschluß des gesamten Proletariats hätte in einer machtvollen Demonstration dem Senat zeigen wollen, daß es so nicht mehr weiter gehen könne. Auf das Verbot der Demonstration war für den 4. August der 24 stündige Generalstreik ausgerufen worden. Der unerhörte Skandal im Volkstage, wo unter Bruch der Verfassung zwei Abgeordnete ihrer Immunität beraubt und verhaftet worden seien, bedeute eine solch krasse Ungerechtigkeit, wie sie die Welt noch nicht erlebt habe. Die sozialdemokratische Partei hat deshalb einen Antrag auf Neuwahl des Volkstages gestellt. Als Antwort auf den Verfassungsbruch des Senats forderte Redner die geschlossene Einheitsfront des Proletariats und der Gewerkschaften gegen die bürgerliche Mehrheit mit dem Endziele des Rücktritts des Senats und Neuwahl des Volkstages. Als zweiter Redner erklärte Parteisekretär Klinger (Kom.), daß von einer Souveränität des Volkstages keine Rede mehr sein könnte. Der Volkstag sei nur noch ein Marionettentheater, das nach dem Willen des Senats tanze. Mit dem Hinweis auf die geschlossene Einheitsfront des Proletariats fordert er die Arbeiterschaft auf, an dieser festzuhalten. Der dritte Referent Mau (U. S. P.) verwahrt sich entschieden gegen die Auslassungen der bürgerlichen Blätter, die die beiden verhafteten Abgeordneten als Verbrecher bezeichnen. Dieser Titel gebühre vielmehr dem Senat. Eine Mitarbeit mit solchen Leuten sei ausgeschlossen. Seine Partei habe schon Schritte unternommen, um die Garanten des Freistaates zu veranlassen, daß dieser verbrecherische Senat gestürzt werde. Hierauf wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die heute, am 6. August, tagende Volksversammlung protestiert gegen die Willkürherrschaft des Senats. Die Versammlung fordert: 1. Die Haftentlassung der Abgeordneten Rahn und Schmidt; 2. Auflösung des Volkstages und Neuwahl am 30. Oktober 1921; 3. Sofortiger Rücktritt des jetzigen Senats. Solange diese Forderungen nicht durchgeführt sind, verweigern die Versammelten der Regierung die Mittel für ihre Existenz. Die Versammelten geloben, alle gesetzlichen Mittel zur Anwendung zu bringen, die zur Durchführung ihrer Forderungen dienen.

In seinem Schlußwort bat Genosse Bohn die Erschienenen, die Entscheidung den Führern zu überlassen und sich nur in Kampfbereitschaft zu halten.

Auch die von der Sozialdemokratischen Partei zu gestern abend einberufenen Protestversammlungen wiesen durchgängig guten Besuch auf. In allen Versammlungen kam der einheitliche Wille der Arbeiterschaft zum geschlossenen Zusammenstehen gegen die Interessenpolitik und Willkürherrschaft des Senats zum Ausdruck.

In **Langfuhr** sprach Genosse Gehl bei Roth, Heiligenbrunner Weg in einer öffentlichen Versammlung, die von 500 Personen besucht war. Der Referent ging auf die Ursachen des Generalstreiks näher ein. Er brandmarkte die Lügenberichte der bürgerlichen Zeitungen, die immer wieder von einer politischen Mache sprächen. Die Getreidewirtschaft des Senats, die Wohnungssteuer, die Ungerechtigkeiten des Kinderprivilegs und die steigende Lebensmittelteuerung ist Schuld an der Erbitterung der arbeitenden Massen. Nachdem er die Verhaftung der beiden Abgeordneten geschildert hatte, forderte er die Erschienenen auf, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren und die Arbeiterblätter zu lesen. Rei[illegible] Beifall lohnte seine Ausführungen. Die Diskussionsredner sprachen sich im Sinne des Referenten aus und traten lebhaft für die Einigkeit des Proletariats ein. Die verlesene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Im **Strand-Hotel in Brösen** referierte Genosse Nagrotzki. Die Versammlung war von Anhängern aller Parteien überaus gut besucht. Genosse Nagrotzki sprach über die Vorgänge der letzten Zeit im Freistaat und seinem Parlament. In überaus sachlicher Weise informierte er die Anwesenden über den Erfolg des Generalstreiks, den unsere Gegner so gern in einen Mißerfolg umdeuten wollen. Die Arbeiterschaft Brösens konnte aus eigener Anschauung bestätigen, daß nicht nur die freiorganisierten Hafenarbeiter, sondern auch Angehörige der christlichen und anderer Organisationen sich am Streik beteiligt haben und daß der Unwille über die Maßnahmen des Senats so tiefe Wurzeln geschlagen hat, daß es nur eines Anstoßes bedarf, um den Generalstreik in verschärfter Form und für längere Zeit auf der ganzen Linie wieder auflodern zu lassen. Unverhohlen wurde von allen Anwesenden das verfassungs- und parlamentswidrige Verhalten des Polizeisenators im Volkstage gekennzeichnet und die Verhaftung der Kommunisten-Abgeordneten Rahn und Schmidt verurteilt. Nach etwa dreistündiger Dauer und reger Diskussion fand diese Versammlung ihr Ende. Auch sie hat gezeigt, daß die Arbeiterschaft Danzigs, gleichviel welche Parteirichtungen und Schattierungen vorherrschend sind, einig ist in der Abwehr aller Anschläge, die von den Rechtsparteien und dem Senat gegen die elementarsten Lebensbedingungen des Volkes geplant werden.

In **Heubude** sprach Genosse Fooken über die Vorgänge beim Generalstreik und im Parlament. Der Saal des Gesellschaftshauses war überfüllt. In der Diskussion sprachen Redner aller Parteien, insbesondere betonend, daß die Einheitsfront der Arbeiter unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müsse. Einem Kommunisten, der in den üblen Fehler des Bruderkampfes verfallen wollte, entzogen seine eigenen Genossen das Wort.

In **Neufahrwasser** sprach Genosse Massow. Der Redner zeichnete mit kurzen Strichen die innenpolitische Lage des Freistaates und kam dann auf die letzten Vorgänge im Parlament zu sprechen. Alle Auswüchse und Vorgänge, unter denen die minderbemittelte Bevölkerung zu leiden hat, seien zum größeren Teil Ausflüsse und Nachwehen der Volkstagswahl. Der unheilvolle Einfluß der Agrarier mache sich bei allen Gesetzen und Verordnungen bemerkbar. Als Protest gegen die einseitige Interessenvertretung der agrarischen Schichten durch den Senat sollte eine Demonstration stattfinden, die aber verboten wurde. Die Arbeiterschaft wehrte sich durch den Generalstreik. Redner ging dann ausführlich auf die Vorgänge im Volkstage ein, die zur Verhaftung der zwei Abgeordneten führten. Er ließ seine Rede ausklingen in dem Gedanken, daß die Neuwahl des Volkstages so bald wie möglich vor sich gehen müsse. Zum Schluß wurde dann die Resolution angenommen.

In **Schidlitz** sprach Genosse Reek bei Steppuhn in einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung über das angekündigte Thema. Die sechs Diskussionsredner verurteilten scharf das Verhalten des Senats und der bürgerlichen Mehrheit des Volkstages. Die aufgestellten Forderungen wurden einstimmig angenommen.

In **St. Albrecht** im Lokale Mertens sprach Genosse Brill. Einleitend schilderte der Redner die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse, die dem Generalstreik vorangegangen sind. Fast alle bisherigen Maßnahmen des Senats ließen erkennen, daß eine einseitige Interessenpolitik getrieben wurde. Einkommensteuer- und Wohnungsgesetz belasten die arbeitende Bevölkerung ungeheuer. Dazu kommt das stetige Steigen der Lebensmittelpreise. All diesem mußte einmal ein warnendes Halt geboten werden. So wurde nach dem verfassungswidrigen Verbot der Demonstration der Generalstreik auf wirtschaftlicher Grundlage proklamiert. Der Referent kennzeichnete sodann scharf die polizeilichen Maßnahmen des Senats im Volkstagsgebäude und die darauf folgende Verhaftung der beiden kommunistischen Abgeordneten. Die Bevölkerung müsse unbedingt dagegen Front machen, daß in einem demokratischen Staatswesen mit solchen Mitteln regiert wird. Mit der Parole: Einigkeit der Arbeiterschaft und Kampf der bürgerlichen Volkstagsmehrheit, schloß der Redner unter Beifall den eindrucksvollen Vortrag. Am Schluß der Versammlung wurde die verlesene Resolution einstimmig angenommen.

In **Weichselmünde** sprach Genosse Beyer über den Generalstreik und über das Verhalten des Senats und der bürgerlichen Mehrheit im Volkstag. Die Berichte der bürgerlichen Zeitungen sind geeignet, in den Köpfen der Arbeiterschaft Verwirrung anzurichten. Pflicht der Arbeiter ist deshalb das Halten der Zeitungen des arbeitenden Volkes. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Im Restaurant „Werdertor"-Kneipab sprach Genosse Georg Leu. Es waren über 100 Personen erschienen. In der Diskussion sprachen sich Redner der verschiedenen Linksparteien im Sinne des Referenten aus. Im Schlußwort wies Genosse Leu darauf hin, daß der Senat nicht nur darauf Bedacht nehmen dürfe, die äußere Freiheit Danzigs zu wahren, sondern auch die innere Freiheit gewährleisten müsse. Die Freiheit Danzigs nach außen habe nur dann Wert, wenn der Bevölkerung auch im Innern die notwendigen Rechte eingeräumt werden.

Amtlicher Terrorismus.

Nachdem die Postverwaltung in besonders schroffer Weise aus Anlaß des Generalstreiks Maßregelungen ihres Personals vorgenommen hat, auch bezüglich Wiedereinstellung der Gemaßregelten jede Verhandlung mit dem Deutschen Verkehrsbund ablehnt, hat die sozialdemokratische Fraktion folgende große Anfrage beim Volkstag eingebracht:

Ist dem Senat bekannt, daß entgegen der durch den Herrn Senatspräsidenten im Volkstage abgegebenen Erklärung, daß sich sein Vorgehen nicht gegen die Arbeiterschaft richte, nachgeordnete Behörden, nämlich die Postverwaltung 13 angestellte Beamte und 187 Posthelfer, Telegraphenarbeiter und Telegrammbesteller infolge des 24 stündigen Demonstrationsstreiks ausgesperrt hat?

Was gedenkt der Senat zu tun, um seine im Volkstage durch den Senatspräsidenten abgegebene Erklärung wahr zu machen und die Postverwaltung zur Einstellung der ausgesperrten Beamten und Postarbeiter zu veranlassen?

Die Forderungen der staatlichen Angestellten.

Die beteiligten Gewerkschaften hatten die bei den Senats- und städtischen Behörden beschäftigten Angestellten zu gestern abend nach der Aula der Petrischule zusammengerufen. Die Aula war überfüllt. Der Gewerkschaftsbeamte Mayen gab einen Bericht über die in der Freistaattarifbewegung stattgefundenen Verhandlungen mit dem Senat. Er brachte in treffenden Worten die Stellungnahme der Gewerkschaften, über die Art wie der Senat zu verhandeln beliebt, zum Ausdruck. Weiterhin machte er mit dem Angebot des Senats bekannt, indem den Angestellten der Reichstarif für die deutschen und preußischen Angestellten angeboten wurde. Der Senat hatte den Personalreferenten, Landesrat Scheunemann, zu der Versammlung delegiert. Als erster Redner suchte der betreffende Herr das Angebot des Senats den Angestellten schmackhaft zu machen. Der Widerspruch aus der Versammlung wird dem Senat wohl die Stimmung der seit Monaten auf Besserung ihrer Bezüge wartenden Angestellten gezeigt haben. In der teilweise sehr erregten Aussprache stellten sich sämtliche Redner auf den Standpunkt, daß das Angebot nur ein Hohn für die Angestellten sei. Die Resolution der Gewerkschaften wurde abgelehnt und folgender Entschluß einstimmig angenommen:

Die am 8. August in der Aula der Petrischule versammelten Angestellten der Senats- und städtischen Behörden fordern vom Senat

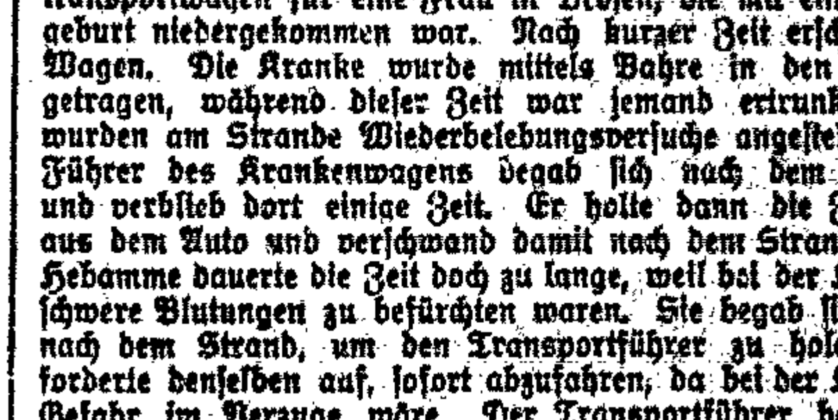
1. Sofortige Zahlung eines Gehalts-Vorschusses in Höhe von 600 Mk. an sämtliche Angestellten.
2. Sofortige Aufnahme der Tarifverhandlung auf Grund des von den Gewerkschaften eingereichten Tarifentwurfes und Abschluß der Verhandlung bis zum 1. September 1921.
3. Rückwirkende Geltung vom 1. April 1921.
4. Der vom Senat angebotene Reichstarif für deutsche und preußische Angestellte wird abgelehnt.

Sollten diese Forderungen vom Senat nicht voll berücksichtigt werden, so soll sofort eine neue Versammlung stattfinden, in der über evtl. schärfere gewerkschaftliche Maßnahmen beraten werden soll. Mit einem beifällig aufgenommenen Schlußwort, in dem die Angestellten zur Einigkeit aufgefordert wurden, schloß der Leiter diese imposante Versammlung.

Was bei Krankentransporten nicht vorkommen darf. Wir erhalten folgende Zuschrift: Am 4. August nachmittags gegen 1 Uhr bestellte die Hebamme Kolodczyzyk den Krankentransportwagen für eine Frau in Brösen, die mit einer Fehlgeburt niedergekommen war. Nach kurzer Zeit erschien der Wagen. Die Kranke wurde mittels Bahre in den Wagen getragen, während dieser Zeit war jemand ertrunken und wurden am Strande Wiederbelebungsversuche angestellt. Der Führer des Krankenwagens begab sich nach dem Strande und verblieb dort einige Zeit. Er holte dann die Zeltbahn aus dem Auto und verschwand damit nach dem Strande. Der Hebamme dauerte die Zeit doch zu lange, weil bei der Kranken schwere Blutungen zu befürchten waren. Sie begab sich daher nach dem Strand, um den Transportführer zu holen. Sie forderte denselben auf, sofort abzufahren, da bei der Kranken Gefahr im Verzuge wäre. Der Transportführer hatte die Leiche des Ertrunkenen in die Zeltbahn eingerollt und trug dann selbst die Leiche nach dem Auto, wo er sie niederlegte. Nach Auffassung der Umstehenden mußte angenommen werden, daß die Leiche neben der Kranken im Auto befördert werden sollte. Erst nach einem entschiedenen Protest gegen den gemeinsamen Transport, der von vielen Badegästen und Zuschauern als himmelschreiend bezeichnet wurde, blieb die Leiche zurück. Die Leiche wurde in dem Krankenzelt, das zum Wagen gehört, in Begleitung des Transportführers nach dem Brösener Spritzenhaus getragen. Erst nach zirka einer halben Stunde kam der Transportführer wieder zum Wagen zurück. Erst nach dieser außerordentlichen Verzögerung fuhr das Krankenauto mit der Schwerkranken ab. Der Transport war von der Kranken mit 40.— Mk. bezahlt worden. — Soweit die uns übermittelte Schilderung des Vorfalls. Es darf wohl erwartet werden, daß die zuständigen Stellen sofort eine Untersuchung des Falles vornehmen und dafür sorgen, daß sich derartige Vorgänge und folgenschwere Verzögerungen nicht wiederholen.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Auszl. 3,95)	4,05	am Vortage	4,15
Dollar . . .	80¾	„ „	83¾
Engl. Pfund: .	—	„ „	290
Franz. Franks:	—	„ „	
Schweiz. Franks:	—	„ „	



Wasserstandsnachrichten am 9. August 1921.

	gestern	heute		gestern	heute
Zawichost . . .	+,—	+,—	Pieckel	—0,48	—0,50
Warschau . . .	+,—	+,—	Dirschau	—0,64	—0,66
Plock	+,—	+,—	Einlage	+2,26	+2,36
Thorn	—,—	—,—	Schiewenhorst .	+2,48	+2,56
Fordon	—,—	—,—	Schönau O. P. .	+6,34	+6,33
Culm	—,—	—,—	Galgenberg O. P.	+4,70	+4,82
Graudenz . . .	—,—	—,—	Neuhorsterbusch	+2,20	+2,20
Kurzebrack . .	+,—	+,—	Anwachs	—,—	—,—
Montauerspitze .	—0,37	—0,40			

Danziger Nachrichten.

Der Allg. Gewerkschaftsbund zum Generalstreik

Gestern abend hielt der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig eine Versammlung der Vorstände und Vertrauensleute im Werftspeisehaus ab. Auf der Tagesordnung stand der Bericht über den beendeten Generalstreik. Der Sekretär des Bundes, Genosse Kloßowski, ging in längeren Ausführungen auf den Verlauf des Streiks ein. Er verwies auf die lügnerischen Berichte der gesamten bürgerlichen Presse, die zum großen Teile vom Senat inspiriert worden sind. Auf der ganzen Linie sei die Angst der Regierung und des Bürgerblocks in Erscheinung getreten, die eine Folge des bösen Gewissens dieser Seite sei. Die Danziger Arbeiterschaft habe sich trotz des Terrors der Regierung und der Arbeitgeber in übergroßer Mehrzahl an dem Streik beteiligt und dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie mit der Ausbeutungspolitik des Senats nicht einverstanden sei. Der 24 stündige Generalstreik sei eine Probemobilmachung gewesen, um festzustellen, was hinter den Gewerkschaften im Ernstfalle stehe. Es habe sich gezeigt, daß auch ein großer Teil der Mitglieder der gegnerischen Gewerkschaften an dem Streik teilgenommen habe. Aus den verschiedenen Begleiterscheinungen des Streiks werden die einzelnen Gewerkschaften ihre Lehren ziehen. Mit dem Verlauf desselben können die Gewerkschaften zufrieden sein.

Nach einer eingehenden Diskussion wurde die Versammlung durch Annahme folgender Resolution geschlossen.

„Die am 8. August 1921 im Werftspeisehaus versammelten Vertrauensleute und Vorstände der freien Gewerkschaften bringen zum Ausdruck, daß die Lehren des 24 stündigen Generalstreiks die sind, daß es möglich ist, mit Hilfe der Einheitsfront des Proletariats dem Treiben der Danziger Regierung und dem des Unternehmertums einen festen Damm entgegenzusetzen.

Die Vertrauensleute und Vorstände fordern daher die Einleitung einer gemeinsamen Aktion zur Fortführung des Kampfes, der begonnen wurde mit dem 24 stündigen Generalstreik, der sich als erstes Vorpostengefecht als gut erwiesen hat."

Der Bürohausbau in Danzig.

Die städtischen Ausschüsse, darunter auch der Ausschuß gegen die Verunstaltung des Stadtbildes, haben sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß auf dem Festungsgelände in Danzig ein Bureauhaus erbaut wird, und zwar als Hochhaus. Der Bau soll lediglich durch privates Kapital errichtet werden. Damit ist diese für Danzig bedeutungsvolle Frage einen erheblichen Schritt vorwärts gekommen. Auch die Kritik hat sich gemeldet. So weit sie lediglich von Empfindungen und dem Gemüt ausgeht, wurde jede Logik und Beweisführung versagen. Wir können nicht nur an dem Hergebrachten festhalten, sondern müssen stets den Bedürfnissen der Zeit Rechnung tragen. Arge Uebertreibungen der Kritik tragen die Widerlegung in sich. Aber auch ernst zu nehmende Kritik hat sich gemeldet. Man hat darauf hingewiesen, daß in Neuyork Hochhäuser in solcher Höhe und so nahe beieinander erbaut worden seien, daß in den unteren Räumen Luft und Licht fehlt. Dies ist freilich ein Zustand, den wir hier in Danzig nimmermehr herbeiführen wollen und werden. Eine derartige Möglichkeit steht vollkommen außerhalb jeder Diskussion. Jedes Wort darüber wäre Verschwendung. Was hier in Danzig von uns Vertretern des Hochhausgedankens erstrebt wird, ist etwas völlig anderes.

Danzig gebraucht aufs dringendste ein großes Bureauhaus. Das erfordert unser Wirtschaftsleben, das sich nicht frei entfalten kann. Dieses Bureauhaus kann man aber nicht abseits vom Verkehr erbauen, etwa auf dem Hagelsberger Gelände. Es muß im Mittelpunkt des Verkehrs liegen, während außerhalb die Wohnstätten zu errichten sind. Der geschäftliche Mittelpunkt ist um die Langgasse herum. Das nächste zur Verfügung stehende Gelände ist nur das frühere Festungsgelände am Karrenwall. Das Bureauhaus muß also hier erbaut werden. Wenn wir das Bedürfnis für einige Zeit decken wollen, dann gebrauchen wir ein Bureauhaus von etwa 1000 Räumen. Das können wir auf dem Gelände aber nicht herstellen, wenn wir die übliche Geschoßzahl nicht überschreiten dürften. Wir sind also in diesem einen Falle ausnahmsweise genötigt, den Luftraum über der Erdoberfläche stärker auszunutzen.

Nun ist es Aufgabe des deutschen Hochhausarchitekten, für dieses Hochhaus eine architektonische Lösung zu finden, die allen verständigen Ansprüchen gerecht wird. Zunächst muß das Haus praktisch sein. Hier muß alles vereinigt sein, was der moderne Verkehr gebraucht. Aber auch Luft und Licht darf durchaus nicht fehlen. Ich darf sagen, daß es bei meinen beiden Entwürfen eine der ersten Aufgaben war, die ich mir stellte, daß jeder Raum volles Tageslicht hat, sowohl im Erdgeschoß, als im obersten Stockwerk! Das habe ich berücksichtigt bei meinen Grundrißlösungen, die ich eingehend studierte, bevor ich an den weiteren Aufbau heranging. Daß es solche Lösungen sehr wohl gibt, ist von verschiedenen Architekten erwiesen worden.

Die zweite Aufgabe bezieht sich auf die Außenarchitektur. Der Gesamtbau soll sich in das Stadtbild einfügen. Man hat das Hochhaus in der Danziger Architektur kein Vorbild. Es ist etwas Neues und muß sich deshalb seine Form charakteristisch neu gestalten. An diese Gestaltung kann und soll man aber mit dem Schönheitsempfinden des deutschen Architekten herangehen. Und auch solche Lösungen gibt es in mannigfachen Formen. In Danzig haben wir wichtige Baudenkmäler früherer Zeiten. Ich will nicht beurteilen, ob wir reich sind an Baudenkmälern unserer Zeit und ob wir einen eigenen Baustil heraus gebildet haben. Das Hochhaus aber dürfte man wohl nach Zweck und Form als ein Baudenkmal unserer Zeit ansprechen.

Was die Frage der Eisenbahn betrifft, so ist sie von uns erwogen worden. Ob es glücklich war, die Durchführung der Vorortzüge von Zoppot nach Praust durch das Empfangsgebäude des Hauptbahnhofes zu versperren, ist eine Frage für sich. Nach meinen Erkundigungen ist es aber nicht die Absicht der Eisenbahnverwaltung, einen etwaigen großen Zentralbahnhof des künftigen Groß-Danzig an die Stelle des jetzigen Hauptbahnhofes zu legen, sondern ihn nach Langfuhr hin zu verschieben. Die Flächen, die der Bahnverwaltung bei Petershagen schon jetzt zur Verfügung stehen, genügen, um auch einen 2½ Minutenverkehr einzurichten. Der Stadtbaurat Geheimrat Ewald Genzmar hat oft darauf hingewiesen, daß auch in schmalen Straßen ein gewaltiger Verkehr durchgeführt werden könnte, wenn es sein muß. Das Gleiche trifft auch für den Eisenbahnverkehr zu.

Die **Steuerzahler** würden bei dem Bau eines Hochhauses gar nicht in Anspruch genommen werden. Es gehört ja zur Eigenart dieses Bauwerks, daß es aus eigener Kraft durch das private Kapital errichtet werden soll. Für den Steuerzahler kommen dabei nur Vorteile heraus.

Was die **Arbeitslosigkeit** betrifft, so ist dieser Bau nicht zu unterschätzen. An ihm dürften etwa 2000 Personen Arbeit finden und außerdem werden die Arbeiter der Lieferanten noch beschäftigt. Die Bauzeit kann erst angegeben werden, wenn die Bauverträge vorliegen. Unverbindliche Anfragen bei Firmen haben ergeben, daß die Bauzeit auf 1½ bis 2 Jahre angenommen wird.

Was die **Rentabilität** betrifft, so ist dies eine Sorge des Bauherrn. Aber nach unserer Rentabilitätsberechnung ist die Rentabilität durchaus gesichert. Die Mieten werden geringer sein, als manche Phantasiemieten, die jetzt für Geschäftsräume verlangt werden.

Das von mir vorgeschlagene Projekt ist für das Gelände zwischen dem Hohen Tor und der Villa Unruh ausgearbeitet. Es steigt vom Heumarkt nach Petershagen hin bis auf 10 Stockwerk an. Zum Schluß erheben sich vier Türme mit weiteren sechs Stockwerken, bis zur Gesamthöhe von 60 Meter. Der Platz hätte manche Vorzüge, besonders in wirtschaftlicher Beziehung. Er würde sich unmittelbar an die City anschließen. Sollten die städtischen Ausschüsse bei ihrem Beschluße bleiben, nicht dieses Gelände, sondern das hinter der Villa Unruh für das Hochhaus herzugeben, so würde es möglich sein, mein Projekt auch nach hinten zu verschieben.

Die Arbeiterschaft hat die wirtschaftliche Bedeutung des Bureauhauses erkannt. Auch in den übrigen Kreisen der Bürgerschaft scheint man sich dieser Bedeutung nicht zu verschließen. Es wäre zu wünschen, daß der Plan allseitige Unterstützung fände, denn noch ist ein schwieriger Punkt nicht überwunden, das ist die Zusammenbringung des erforderlichen erheblichen Kapitals.

Architekt Bruno Lucks.

Auch eine „soziale" Tat.

Aus dem Kreise der Arbeitslosen wird uns folgendes mitgeteilt: An dem Tage des Generalstreiks hat eine große Anzahl Arbeitsloser auf die Versicherung des Arbeitslosenrates, daß auch ohne Stempelung der Vermerkkarten, die Unterstützung gezahlt wird, sowie auch die Milchmarken ausgegeben würden, nicht gestempelt. Die Arbeitslosen mußten nach dieser, in so bestimmter Form abgegebenen Versicherung annehmen, daß dieses zutrifft. Der Leiter der Erwerbslosenfürsorge, Herr Referendar Friedrich, hat nun bestimmt, daß diejenigen, die nicht gestempelt haben, die Milchmarke nicht erhalten sollen. Dieser als „sozial-denkend" bekannte Herr ist sogar soweit gegangen, die Lieferung der Milchmarken für die nächsten sechs Tage zu verbieten.

Wir halten diese Maßnahmen für so unerhört, daß wir nicht glauben können, daß der Senat sie deckt. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion wird Gelegenheit nehmen müssen, dem Herrn Friedrich zu zeigen, daß dieser Willkürakt nicht geduldet wird. Da eine Nachlieferung der Milch nicht in Frage kommen dürfte, wäre allen in Frage kommenden Arbeitslosen die entgangene Milch in Bargeld zu vergüten.

Kunstausstellung in Danzig. Am Sonnabend mittag wurde die Kunstausstellung im Danziger Zeughause durch den Vorsitzenden Marinemaler Wendrich eröffnet. Sie ist veranstaltet von den Mitgliedern des Wirtschaftlichen Verbandes bildender Künstler, Ortsgruppe Danzig. Ein großer Teil der ausstellenden Künstler war anwesend. Das Zeughaus ist durch diese Ausstellung einem guten Zweck dienstbar gemacht. Die beiden gewaltigen Säle im oberen Stockwerk sind für die Ausstellung von Staub und Schutt gereinigt und stellen jetzt einen praktisch recht brauchbaren und gut belichteten Ausstellungsraum dar. Man darf hoffen, daß die Säle nunmehr öfter in Benutzung genommen werden. Die Ausstellung ist recht reich beschickt und bietet wertvolle Sachen, Malereien, Radierungen und Zeichnungen der verschiedenen Richtungen. Der Katalog weist 441 Nummern auf. Auch Holzschnitte und die Bildhauerei sind vertreten, außer Konkurrenz auch die Architektur. Ausstellende Künstler sind: S. Chlebowski, Paul B. Dannowski, Paul Kreisel, Bruno Lucks, Gustav Pfahl, Manfred Steinert, Wilhelm Stubenrauch, Max Wendrich, Max Zeifold, Julius Karl Zellermann, Helene von Bieler, Marjan Mokwa, Felix Meseck. Aus Königsberg Erich Behrendt, Professor Degner, Karl Eulenstein, Charles Girod, Robert Hoffmann. Aus Berlin Baluschek, Blohm, Büttner, Corinth, Dettmann, Eichhorst, Engel, Gaul, Geiger, Großmann, Heckel, Heinrich, Herrmann, Hoffmann, Jäckel, Kalckreuth, Kallmorgen, Koch-Zeuthen, Kohlhoff, Kokoschka, Kuhnert, Kux, Leyde, Liebermann, Meid, Mickelait, Müller-Schönefeld, Nauen, Pechstein, Pietschmann, Seewald, Slevogt, Stoß, Scheuritzel, Turner, Wagner, Wolfsfeld, Wolfthorn, Heckendorf. Die sehenswerte Ausstellung ist bis 30. August geöffnet.

Kindergruppe des Touristenvereins „Die Naturfreunde". Am Mittwoch, den 10. August, findet wiederum ein Unterhaltungs- und Singabend im Naturfreundeheim (Stockturm) statt. Beginn 5 Uhr nachmittags. Ende gegen 7 Uhr.

IIIIII Versammlungs-Anzeiger IIIIII

Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei.

Neuteich, Lokal Wiehler, Dienstag, den 9. August, 7½ Uhr abends. Referent: Genosse **Weber**.

Praust, Lokal Prauster Hof, Dienstag, den 9. August, 7½ Uhr abends. Referent: Genosse **Brill**.

Oliva, Lokal Karlshof, Dienstag, den 9. August, 7½ Uhr abends. Referent: Genosse **Gehl**.

Standesamt vom 8. August 1921.

Todesfälle: Arbeiter August Grönke, 64 J. — Landgerichts-Direktor a. D. Gustav Braun, 72 J. — S. d. Tischlers August Skalmowski, 6 W. — T. d. Arbeiters Joseph Kreft, 3 M. — S. d. Arbeiters Leon Kwidzynski, 1 J. 7 M. — Vorarbeiter Hermann Lange, 55 J. 1 M. — Frau Bertha Baehr geb. Neumann, 56 J. 3 M. — Schneidermeister August Rotloff, 75 J. 11 M. — Maschinenbauer Bruno Pawella, 41 J. 7 M. — Müller Jakob Kreuz, 66 J. 3 M. — Unehelich: 1 Tochter.

Verantwortlich für Politik i. V.: Fritz Weber, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Ewert in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verdingung.

Die Töpferarbeiten für 3 Neubauten auf Stolzenberg sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden. Bedingungen sind im Baubüro Neugarten 781 gegen Erstattung der Schreibgebühren erhältlich.

Termin am 16. August 21, vorm. 10 Uhr.

Hochbauamt 2. (4802

Moderne Kunst-Lichtspiele Langfuhr am Markt

Das sehenswerte Programm:

Die Frau mit Vergangenheit

Die Geschichte einer schönen Frau mit der reizenden Künstlerin **Gertrud Valken**.

Die Karten des Todes

Das einsame Schloß an der Küste Schottlands

Ein selten schönes Meeresdrama mit **Conrad Weidt**. 4801

Ein Mannes Wort!

Roman einer Liebe mit **Bruno Kastner**.

Dieser Spielplan dürfte auch den verwöhntesten Ansprüchen genügen.

Ruderboot

auch gebraucht, etwa 10 Personen fassend, **zu kaufen gesucht.**

Angebote unter Nr. 204 an die Expedition der Danziger Volksstimme (4798

Wanzen und deren Brut

[illegible]

Beste Zeit zur Grundvernichtung. Doppelpackung M. 7.

[illegible]

A. Neumann, Drogerie, Langenmarkt [illegible]

J. Schlicht, [illegible], Kellergasse

[illegible], Berlin SW. [illegible]

Zentral-Theater Langgasse 31 ◇ **Metropol-Lichtspiele** Dominikswall 12

Das Ende der Verbrecher

(2. Teil: Buffalo und Bill)

5 Akte Kampf und Verfolgung!

Die waghalsigen Sensationen dieser Fortsetzung übertreffen die des ersten Teils und steigern die Spannung mit jeder Szene: Des Riesen Buffalo Sprung aus dem fahrenden Zug in den Strom — Rettung Buffalos in ein Flugzeug — Die Feuersbrunst im Schloß — Der kleine Caprico erklettert den Schloßturm am Blitzableiter usw.

Der Mann im schwarzen Mantel!

Original amerikanisches Abenteuer in 5 Akten.

Anfertigung sämtlicher

DRUCKSACHEN

in geschmackvoller und sauberer Ausstattung

Massenauflagen

in kürzester Zeit zu billigsten Preisen

Kataloge - Broschüren Zeitschriften - Bücher

Buchhandlung

Sozialistische Literatur in grösster Auswahl

Danziger Volksstimme

Fernsprecher 3290 Am Spendhaus 6 Fernsprecher 720

Küchenmöbel

wegen Aufgabe des Geschäfts zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft (4719

Wisniewski, Töpfergasse 14, part.

Volksfürsorge,

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

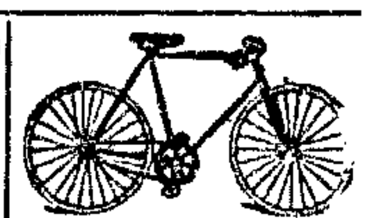
— Sterbekasse. —

Kein Policenverfall.

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.



Damen- und Herren-

Fahrräder

neue u. gebr., Teilzahlung gestattet. Mäntel und Schläuche, sämtliche Zubehör- und Ersatzteile zu staunend billigen Preisen. Reparaturwerkstätte, gr. Emaillieranstalt. (4746

Vertreter gesucht.

L. Fenselau & Co.,

Danzig, Petersiliengasse 9. Tel. 1112.

Eine saubere, gut erhaltene

Kommode

zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis an **Kausch**, Bastion Wolf 6, 2. Eing. (†

Puppen

fertigt u. repar. Perücken vorrätig. Kein Laden. (†

E. Winkler, Johannisg. 63.

Geübte Schneiderinnen

für Barchend-Männer- und Frauen-Hemden

die laufend flott arbeiten können, finden dauernde Beschäftig. zu höchst. Arbeitslöhnen. Meldg. vorm. mit Ausweis u. Probearbeit

4801) **S. Lewin**, Danzig, Hl. Geistg. 14/16.

Zeitungsträgerin

für Langfuhr stellt ein

Expedition Danziger Volksstimme

Am Spendhaus 6.

Laufburschen oder Laufmädchen

stellt ein

Exped. Danziger Volksstimme

Am Spendhaus 6.